

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1879**

25.3.1879 (No. 71)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 25. März.

No. 71.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einzugsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1879.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter des Deutschen Reiches und der Schweiz, sowie unsere H. H. Agenten fortwährend Bestellungen an.

Derselben wird von da an jeden Sonntag eine **Literarische Beilage** im Umfange eines Druckbogens beigegeben werden, welche Originalaufsätze aus allen Gebieten des Wissens, Besprechungen neuer literarischer Erscheinungen und kleinere literarische Mittheilungen unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte und Literatur des Großherzogthums Baden enthalten wird. Die Herausgabe dieser literarischen Beilage hat Herr Geh. Archivrat Dr. v. Weech übernommen.

Preis, wie bisher, in Karlsruhe vierteljährlich 3 Mark 50 Pf., durch die Post bezogen 3 Mark 65 Pf. einschließlich der Bestellgebühr.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

## Telegramme.

† Rom, 23. März. Zur Enthüllungsfest der Novara-Monuments erschien der österreichische Vertreter in Begleitung mehrerer italienischer Generale. Die Musikkapellen intonirten die österreichische Volkshymne. Der österreichische Vertreter dankte im Namen des Kaisers und der Armee und gab den Gefühlen herzlicher Freundschaft zwischen beiden Armeen Ausdruck.

† London, 23. März. Einer Meldung aus Capetown vom 5. März zufolge fand seit den letzten Nachrichten ein einziger unerheblicher Zusammenstoß mit den Zulus statt, wovon 9 getödtet wurden. Morosi, der Häuptling der Basutos, hat sich gegen die Engländer erhoben, welche sich vorbereitet haben, denselben entgegenzutreten.

† Konstantinopel, 22. März. Mithat Pascha erhielt Befehl, demnächst nach Konstantinopel zurückzukehren. — Wie verlautet, soll sich die Pforte weigern, die Artikel 16 bis 22 der bulgarischen Verfassung zu genehmigen.

## Politische Wochenübersicht.

Wie Preußen den 23. Geburtstag seines allverehrten Sieges- und ruhmgekrönten Königs, des eben so erhabenen, wie milden Herrschers mit der alten, wenn es möglich wäre sich immer mehr steigenden Liebe und treuen Anhänglichkeit festlich begangen, so hat das übrige deutsche Volk sich mit ihm vereinigt in dankbarer Freude und innigen Wünschen für das Wohl des erlauchtesten Kaisers, des Wiederherstellers seiner Einheit und Größe — in doppelter Freude, weil gemischt mit dem Ernste schmerzlicher Erinnerungen und banger, überwundener Sorgen des verflochtenen Jahres. Von dem neulichen Unfälle befindet sich der hohe Herr in erfreulichster Besserung. Das Kronprinzen-Paar, Prinz und Prinzessin Friedrich Karl sind aus England zurück wieder in Berlin eingetroffen, wo am Festtage alle hohen Verwandten und andere fürstliche Gäste um den Kaiser versammelt waren. Nur der erlauchteste Bruder fehlte im Kreise — Prinz Karl, der leider nicht unbedenklich erkrankt war, aber jetzt auf dem Wege der Besserung ist. Prinz Friedrich Karl feierte am 20. d. seinen 52. Geburtstag.

Der Reichstag hat die zweite Lesung des Reichshaushalts-Etats fortgesetzt. Bei dem Kapitel der Zölle und Verbrauchssteuern kam es mehrfach zu ziemlich erregten Debatten über die Handelspolitik und das Zollprogramm des Reichskanzlers. Die Beratung über den bundesrätlichen Rechenschaftsbericht betreffs der Verhängung des sog. kleinen Belagerungszustandes über Berlin und Umgebung schloß mit der Erklärung, daß der Reichstag von dem Rechenschaftsberichte Kenntnis genommen habe. Das Gesetz über den Schutz nützlicher Vögel wird im Plenum beraten. Der Antrag v. Seydewitz auf Abänderung der Gewerbeordnung wurde nach längerer Diskussion an eine Kommission verwiesen. Von konservativer Seite ist ein Gesetzentwurf gegen den Wucher als Ergänzung des Strafgesetzbuches eingebracht. Am 21. d. begann die Beratung des Antrags Schneegans auf eine selbständige im Lande befindliche Regierung Elsaß-Lothringens, an welcher sich der Fürst-Reichskanzler beteiligte und eine Statthalterei sowie die Initiative und Verstärkung des Landesauschusses in Aussicht stellte. Die Fortsetzung der Debatte wurde auf später verschoben. Die Geschäftsordnungs-Kommission beschloß nur eine Revision der Bestimmungen über die Entziehung des Wortes, keine allgemeine Revision der Geschäftsordnung. Der sachsenische Communal-Landtag hat die Einführung von Schutzzöllen beendigt, der ostpreussische Landtag dagegen eine Vorstellung an Regierung und Reichstag gegen Korn- und Eisenzölle angenommen. Von deutscher Seite ist

Serbiens Unabhängigkeit wegen dessen Bereitwilligkeit, die Gleichstellung der Glaubensbekenntnisse zur Ausführung zu bringen, anerkannt und Graf Bray zum Geschäftsträger in Belgrad ernannt worden. Zwischen Deutschland und den Samoainseln ist ein Vertrag abgeschlossen.

Die schweizerische Bundesversammlung ist am 17. d. in Bern wieder zusammengetreten. Zum Bundesrath an Stelle des verstorbenen Scherer wurde Oberst Hertenstein gewählt. Der Ständerath beschloß mit Zweidrittelmehrheit Aufhebung des Art. 65 der Bundesverfassung, welcher die Todesstrafe verbietet, ausgenommen politischen Verbrechen gegenüber. Die österreichisch-ungarischen Delegationen sind nach Erledigung aller wesentlichen Regierungsvorlagen geschlossen; die Stellung des Grafen Andrassy gilt für gesicherter als je. Noch immer nimmt die über Szegedin und die Theißniederungen hereingebrochene furchtbare Katastrophe die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Szegedin, die zweitgrößte Stadt Ungarns, ist buchstäblich vernichtet, vom Erdboden verschwunden, der Verlust an Menschenleben geht in die Tausende, doch scheinen die übrigen Theißstädte jetzt vor Wassergefahr gesichert zu sein. Der Kaiser hat sich selbst nach der unglücklichen Stadt begeben. Allenfalls in der gebildeten Welt finden Sammlungen für die so schwer heimgesuchten Ungarn statt.

Die belgische Kammer hat das Budget des Kriegsministeriums genehmigt, ferner das gesammte Budget des auswärtigen Ministeriums mit Einschluß der Position für die vielbesprochene Gesandtschaft beim Vatikan.

Frankreich ist durch die Ablehnung der Anklage gegen die Minister vom 16. Mai und 23. November abermals einer Krisis entgangen und erscheint der Bestand des Ministeriums Waddington wieder gesichert, hoffentlich für längere Zeit, da es Vertrauen in ganz Europa genießt, immerhin ist seine Erhaltung fraglicher geworden, da die entscheidende Kraft jetzt mehr gegen die alten demokratischen Republikaner hin gerichtet ist. Die von der Deputirtenkammer beschlossene scharfe Tagesordnung gegen die Mai- und November-Minister wurde in allen Gemeinden Frankreichs durch Maueranschlag verkündigt, hat aber auch Proteste der Betroffenen hervorgerufen, sowie Entlassungsgesuche von jenen Ministerien angehörigen Persönlichkeiten, wie der Generale Berthaut und Borel, des Admirals Rouffe und des Generalsekretärs im Handelsministerium, Dzene. Von höchster Bedeutung für die ganze Zukunft Frankreichs ist, was sich auf dem Boden der Schule vorbereitet durch die vom Unterrichtsminister eingebrachten Gesetzentwürfe über die Freiheit des höheren Unterrichts und die Zusammensetzung des höheren Unterrichtsraths und den Antrag Bert auf Errichtung von Staatsseminariaten. Der drohende Verlust des kirchlichen Einflusses ließ bereits den Kardinal-Erzbischof von Bourdeaux den Feldzug gegen Ferry's Unterrichtsgeetze durch einen Hirtenbrief eröffnen. Ein Antrag von Gasto will eine Aenderung der Verfassung dahin, daß dem Präsidenten der Republik und dem Senat das Recht der Kammerauflösung entzogen werde. Die Zolltarif-Kommission beschloß das System der Handelsverträge aufrecht zu erhalten. Albert Grödy, Bruder des Präsidenten, wurde provisorisch zum Gouverneur von Algerien ernannt. Eine neue Präsektionsbewegung betraf 24 Präsektoren. Wiederum ist eine Anzahl Communeverurtheilter begnadigt worden.

Es verlautet von einer Verlobung des Königs Alfons von Spanien mit der ältesten Tochter des Grafen von Paris (1865 geboren). Die neuen Cortes treten am 1. Juni zusammen. Ueber die baskischen Provinzen ist für die Dauer der Wahlen der Belagerungszustand verhängt (und gerade die Basken erwarteten von Martinez Campos die Wiederherstellung ihrer Fueros!).

Das englische Parlament ist vorzugsweise von der auswärtigen Politik in Anspruch genommen. Jalut Khan, dem in Abdul Rahman ein Rivale um den Thron entstanden zu sein scheint, soll die Eröffnungen der indischen Regierung bis jetzt unbeantwortet gelassen haben, so daß ein Voranschub auf Kabul zur Ausübung eines wirksamen Druckes immer noch in Aussicht steht. Gegen den König von Birma ist noch kein Ultimatum erlassen. In Südafrika hat sich nichts geändert, doch ist die Haltung der Boers beunruhigend.

Die Nachrichten bezüglich der Pest lauten fortwährend beruhigend, auch von Seite der internationalen Gesundheitskommission. Einer Pest anderer Art für Rußland dürfte jetzt auch mit mehr Erfolg entgegengetreten werden können durch die Entdeckung der geheimen Druckerei des revolutionären Centralcomité's in Petersburg, das den gefährlichen Brandstoff über das ganze Reich verbreitete, und wichtiger Briefschaften. Die Entdeckung zog zahlreiche Verhaftungen nach sich.

Die Haltung der bulgarischen Notabelnversammlung entspricht den Anfangs gehegten Erwartungen nicht; indessen dürfte weder das die Vereinigung aller Bulgaren fordernde Memorandum an die Mächte, noch die Adresse an den Kaiser Alexander den bulgarischen Aspirationen Vorjubel leisten, die sich auch durch die aufreißerischen Ausschreitungen gegen den ostrumelischen Finanzdirektor Schmidt auf

seiner Inspektionsreise nicht besonders günstig empfahlen. Die Frage der türkischen Garnisonen am Balkan nach dem Abzug der russischen Truppen wird der Diplomatie Schwierigkeiten bereiten; indessen erscheinen Lösungen außerhalb der Bestimmungen des Berliner Vertrags jetzt unwahrscheinlicher als je. — Die Pforte hat nach dem Mißlingen des Torqueville'schen Finanzprojektes ein neues Projekt entworfen. Die griechisch-türkischen Grenzverhandlungen sind abgebrochen, Griechenland wendet sich jetzt an die Mächte um ihre Vermittlung. — Der Fürst von Montenegro hat für sein erweitertes Gebiet konstitutionelle Formen eingeführt und werden große Reformen vorbereitet. — Senat und Kammer Rumäniens nahmen die Vorlage auf Abänderung der Verfassung an. — Die ägyptische Ministerkrisis ist mit dem Verbleiben des Ministers Riaz Pascha im Amte vorerst beendigt.

## Deutschland.

Berlin, 22. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Das hiesige „Tageblatt“ bringt eine sensationelle Nachricht über einen bevorstehenden Urlaub des französischen Votschafers zu Berlin, Grafen St. Vallier, und über die Ursachen desselben. Dem gegenüber können wir auf das Bestimmteste erklären, daß die ganze Mittheilung Satz für Satz unwahr ist, und daß nicht etwa nur die Auffassung, sondern auch die einzelnen Angaben aller thatsächlichen Unterlage entbehren. Was zunächst die angebliche Thatsache betrifft, daß Graf St. Vallier seit der Rückkehr des Fürsten Bismarck aus Friedrichsruhe mit demselben nicht zusammengetroffen sei und daß Anfragen wegen einer Unterredung ausweichend beantwortet worden, so steht im Gegentheil fest, daß wiederholte Begegnungen stattgefunden haben. Erst am Donnerstag dieser Woche hat Graf St. Vallier bei dem Fürsten im engsten Kreise gespeist. Was aber die amtlichen Beziehungen betrifft, so ist von Meinungsverschiedenheiten, die eine Erhaltung der Begleitungen zur Folge gehabt haben könnten, nicht das Mindeste bekannt. Richtig ist, daß Graf St. Vallier von vornherein persona grata am kaiserlichen Hof und nicht minder beim Reichskanzler gewesen, aber ebenso gewiß ist, daß er dies im vollsten Maße noch heute ist. Der Votschaffer hat sich von Anfang an in jeder Beziehung als der berufenste Vertreter der besonnenen und wohlwollenden Politik bewährt, welche der Minister Waddington seit seinem Amtsantritt und der Präsident Grevy seit seiner Wahl zum Staatsoberhaupt eingeschlagen haben, einer Politik, welche bei mehr als einem Meinungswechsel zwischen beiden Regierungen Ausdruck und Anerkennung gefunden hat.

† Berlin, 22. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der von der Zolltarifkommission ausgearbeitete Gesetzentwurf mit einem die einzelnen Positionen eingehend motivirenden Bericht liegt bereits gedruckt vor und sei Minister Hofmann übergeben worden. Die Kommission werde zum Zwecke der letzten Revision des Tarifs und der definitiven Erledigung der Position für Chemikalien am Sonntag und Montag Sitzung halten. Der völlige Abschluß der Arbeiten stehe bis Dienstag in Aussicht. Der 3., 4. und 7. Bundesraths-Ausschuß würden am Mittwoch in die Beratung des von dem preussischen Bevollmächtigten vorgelegten Tabaksteuer-Gesetzentwurfs eintreten.

† Berlin, 23. März. Bei dem gestrigen Empfang der sächsischen Reichstags-Abgeordneten drückte der König von Sachsen seine Genugthuung aus über die Bemühungen des Reichskanzlers zum Besten auch des sächsischen Handels und der sächsischen Industrie.

† Berlin, 23. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Durch Kabinettsordre vom 22. März ertheilte der Kaiser dem von der Kommission aufgestellten Statut der Wilhelmspende seine Genehmigung.

Berlin, 23. März. Das Mitgliederverzeichnis der Fraktionen im deutschen Reichstag ist heute erschienen. Nach demselben stellt sich das Stärkeverhältnis der einzelnen Fraktionen im Reichstag folgendermaßen fest: Die Fraktion der Deutschkonservativen zählt 57 Mitglieder, die Fraktion der deutschen Reichspartei 51 Mitglieder und 6 Hospitanten (die Minister Dr. Fall und Dr. Friedenthal, Votschaffer Fürst Hohenlohe-Schillingfürst und die Abgg. v. Bethmann-Hollweg, Renow, Dieze, Pommeren und v. König), die Fraktion der Nationalliberalen weist 101 Mitglieder auf, die der deutschen Fortschrittspartei 22 Mitglieder und 2 Hospitanten (die Abgg. Dr. Meyer [Schleswig] und Wulfsheim). Die Fraktion des Centrums ist nächst den Nationalliberalen die stärkste, sie zählt 93 Mitglieder und als Hospitanten die 9 hannoverschen Partikularisten: v. Wedeleben, v. Alten, Linden, Baron v. Arnswaldt, Graf v. Bernstorff, Dr. Bruel, Graf v. Grothe, v. Lehde, v. Müller (Sachsen) und Dr. Nieper. Die Fraktion der Polen ist 14 Mitglieder stark, die Socialdemokraten zählen 9 Mitglieder (darunter 4 Redakteure) und keiner Fraktion haben sich angeschlossen die Abgg. Berger, Dr. Bessler, v. Bodum-Dolffs, v. Wähler (Döhren), Dr. Dellbrück, Dr. v. Feder, Dr. v. Forten-

beck, Dr. Groß, Haerle, Kopfer, Krüger (Hadersleben), Dr. Löwe, v. Ludwig, Sonnemann, Dr. Wiggers (Süßrow) und die elsäß-lothringischen Abgeordneten Bezanjon, Dollfus, Germain, Grad, Guerber, Heilmann, Süntry, Faurez, Rablé, Lorette, North, Dr. Raab, Schmitt-Batiston, Schneegans, Dr. Simonis und Winterer; drei Mandate sind augenblicklich noch erledigt.

† München, 22. März. Die Beerdigung des Professors Huber fand heute Nachmittag unter sehr zahlreicher Beteiligung aller Stände statt. Die Universitätsprofessoren aller Fakultäten (die theologische ausgenommen) erschienen in Amtstracht. Von der theologischen Fakultät war nur Prof. v. Döllinger anwesend. Die Grabrede hielt der funktionierende Geistliche Prof. Friedrich. Dr. Zirngibl legte Namens der Alttholiken einen Lorbeerkranz auf dem Grabe nieder. Der König ließ der Wittve sein Bedauern aussprechen.

#### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. März. Die österreichische Armee besitzt besondere Generalinspektoren für alle Waffengattungen, für die Artillerie, das Genie, die Kavallerie, das Fußwehrcorps und die Gendarmen, daneben (Erzherzog Albrecht) für die gesamte Armee; nur einen Generalinspektor der Infanterie hat sie nicht. Dem Vernehmen nach wird ein solches Generalinspektorat jetzt neu errichtet und dem gleichzeitig zum Feldmarschall zu befördernden F. J. M. Marovic übertragen werden.

Die Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritt des in Urlaub gegangenen Reichs-Kriegsministers Grafen Dylant-Rheidt werden mit großer Vorsicht aufzunehmen sein. Es liegt ihnen einstweilen noch keine Thatsache zum Grunde, als daß der Minister eben in Urlaub gegangen ist.

Wien, 23. März. Wie ich höre, sind die Vereinbarungen über eine eventuell als notwendig sich ergebende Okkupation Ostromeliens so weit gediehen, daß grundsätzlich festgestellt wurde, es hätten neben den fremden jedenfalls auch türkische Truppen zur Verwendung zu kommen, gleichviel ob eine gemischte oder ob eine neutrale Okkupation beliebt werde.

#### Schweiz.

Bern, 20. März. Der von dem Ständerath auf den Freuler'schen Antrag mit 27 gegen 15 Stimmen gefaßte Beschluß lautet: „Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft beschließt: 1) Art. 65 der Bundesverfassung (Die Todesstrafe ist abgeschafft. Die Bestimmungen des Militär-Strafgesetzes bleiben jedoch in Kriegszustand vorbehalten. Körperliche Strafen sind untersagt.) ist aufgehoben. 2) An seine Stelle tritt der frühere Art. 64 der Bundesverfassung von 1848, lautend: „Wegen politischer Vergehen darf kein Todesurtheil gefällt werden.“ 3) Dieser Revisionsartikel ist der Volksabstimmung zu unterbreiten. 4) Der Bundesrath ist mit der Vollziehung dieses letzteren Beschlusses beauftragt.“ Die verhältnismäßig große Mehrheit, mit welcher dieser Beschluß im Ständerath gefaßt wurde, stellt ein ähnliches Ergebnis auch im Nationalrath in Aussicht.

Wie Ihnen Leser bekannt, sollte nach Art. 7 des internationalen Vertrags betreffend gemeinsame Schutzmaßregeln gegen die Reblaus die Auswechslung der Ratifikationen dieses Vertrages innerhalb sechs Monaten nach seiner Unterzeichnung, also bis zum 17. d. M., erfolgen. Da dieser Akt jedoch bis jetzt nur seitens Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Schweiz vollzogen wurde, wird der Bundesrath bei den beteiligten Staaten eine Fristverlängerung beantragen. — Die Konferenz der Gotthardbahn-Staaten Deutschland, Italien und der Schweiz für Prüfung des Finanzausweises der Gotthardbahn-Gesellschaft wird am 5. April nächsthin in Bern zusammentreten.

#### Italien.

Rom, 23. März. Zu dem heutigen Diner bei dem König waren alle Mitglieder der seit Errichtung Italiens bestehenden Kabinette geladen. Die Enthüllung des Novara-Denkmal fand in Anwesenheit zahlreicher Vertretungen und Notabilitäten statt.

#### Frankreich.

Paris, 22. März. Wie der „Français“ berichtet, hat der Erzbischof von Paris, Cardinal Guibert, vorgestern Abend bei dem Präsidenten der Republik einen Schritt gethan, um den Besorgnissen Ausdruck zu geben, welche die Ferry'schen Gehektwürfe, wie er meint, im In- und Auslande wachgerufen hätten. Hr. Jules Grévy hörte den Prälaten aufmerksam an; dann antwortete er: „Monseigneur! Ich bin ein konstitutioneller Präsident und es ist mir nicht immer möglich, meiner persönlichen Ansicht im Ministerrath, geschweige denn bei der Majorität des Parlaments Geltung zu verschaffen.“ Der Cardinal fügte, indem er diese Unterredung seinen Freunden hinterbrachte, hinzu: „Es war leicht zu erkennen, daß Hr. Grévy nur mit Bedauern die Politik der Regierung zu sehr nach links neigen sieht, daß er für seine Person gern gemäßigteren Tendenzen Raum geben würde, damit aber beim Ministerrath nicht durchdringen kann. Seine Gesinnungen machen es ihm aber zur Pflicht, sich der Majorität durch Dick und Dünn anzuschließen. Die Republikaner würden es gar nicht verstehen, wenn er seine Entlassung geben wollte. Er wird also alle Stationen des Passionsweges durchmachen müssen.“

Durch den „Moniteur universel“, die „Europe diplomatique“ und andere Blätter desselben Schlages schlingelt sich auf's Neue die periodisch wiederkehrende Meldung, daß die Pforte auf dem Punkte stünde, die durch die Firmans von 1866 und 1873 in Egypten eingeführte Erbfolgeordnung wieder zu ändern, und daß sie sogar schon die Zustimmung der Vertragsmächte von 1840/41 zu einem solchen Akte eingeholt hätte. Wir haben schon im Mai vorigen Jahres die deutschen Blätter, welche sich dieses Kukuksei in ihre Spalten legen ließen, belehrt, daß sie sich hier lediglich von einem Agenten Halim Pascha's, den wir damals für Jedermann

deutlich genug bezeichneten und der sich auch nicht weiter gemeldet hat, mißbrauchen ließen. Der Heilm des Vicekönigs von Egypten macht jetzt unter der Gunst der in Cairo eingetretenen Verwicklungen von Konstantinopel aus einen neuen Versuch, die öffentliche Meinung in Europa über die Absichten seines Präbendententhums, die in Wahrheit null sind, irre zu führen. Es ist uns herzlich gleichgültig, ob Ismail Pascha oder Halim Pascha am Nile herrscht; aber zur Steuer der Wahrheit müssen wir konstatieren, daß weder auf der hohen Pforte noch im Rathe der Mächte an einen Akt gedacht wird, der die Verwicklungen des Augenblicks nur verzehnfachen würde und nicht anders als mit Waffengewalt und auf die Gefahr einer allgemeinen Konflagration zu verwickeln wäre. Wir glauben, daß die deutsche Presse Befehrs zu thun hat, als solchen Mythisationen ihren Bestand zu leihen.

Paris, 23. März. Die deutsche Kolonie von Paris feierte gestern den Geburtstag des Kaisers Wilhelm mit einem glänzenden Banquet in der Botschaft und mit einer im Hotel Continental abgehaltenen Liedertafel des Gesangsvereins „Teutonia“, an welche letztere sich ein bis zum späten Morgen wähernder Ball angeschlossen. Auf dem Banquet brachte Fürst Hohenlohe einen diesmal, wie die Umstände mit sich brachten, ernst gefärbten und ergreifenden Toast auf den allverehrten Monarchen aus. Der Botschaftsleiter erinnerte an die jedem Hörer noch gegenwärtigen Zwischenfälle des vergangenen Jahres und schloß mit dem Wunsch, daß der Himmel die Tage des Heidenkaisers bis an die äußersten Grenzen menschlicher Lebensdauer verlängern möge. Von fremden Gästen wohnten dem Festmahle der ehemalige Gesandte am Darmstädter Hofe, Fürst Lynar, und die Berliner Schriftsteller Ludwig Pietsch und Georg Horn bei. Der Gesangsabend der Teutonia vereinigte eine Gesellschaft von 400 bis 500 Personen und die von Herrn J. Offenbach (einem Namensvetter des Komponisten) dirigirten Liedervorträge, die einen wesentlich patriotischen Charakter trugen, unterhielten die festliche Stimmung, bis Terpsichore in ihre Rechte trat.

Die „Republique française“ und das „Journal des Debats“ bezeichnen die griechische Frage als einen der dringendsten Punkte der internationalen Tagesordnung.

Indem die Türkei, sagt das letztere Blatt, sich weigert, Griechenland die in dem Berliner Vertrage bezeichnete Grenzberichtigung zu gewähren, erlannt sie sich eine schwere Verletzung dieses Vertrages, und dies in dem Augenblicke, da die beteiligten Mächte Alles aufbieten, um seine vollständige und definitive Durchföhrung zu ermöglichen. Dieser Ausgang war aber vorhergesehen und man fragt sich jetzt, was Europa thun wird. Ist es entschlossen, sich ins Mittel zu legen? Wird es eine gemeinsame Aktion der Mächte geben oder wird jede für sich allein handeln? Das ist schwer zu sagen und andererseits fragt man sich, in welcher Form diese Einmischung erfolgen könnte. Wird man der Pforte Vorstellungen machen oder Rathschläge ertheilen? Wir glauben, daß alle Überredungsmittel schon angeboten und ohne Erfolg geblieben sind. Wird man dann zur Gewalt oder zu einem europäischen Schiedsgericht seine Zuflucht nehmen? Auf alle Fälle muß schnell und entschieden gehandelt werden; denn neuer Verzug könnte eine Störung des Friedens im Orient zur Folge haben. Die Aufregung in Griechenland ist so groß, daß man die Kampflust eines Volkes, welches sich in seinen theueren Hoffnungen betrogen sieht, nur mit Mühe wird im Zaum halten können. Auf das Andringen der verschiedenen Kabinette wird die Pforte doch vielleicht schließlich noch nachgeben und damit ihr letztes Opfer für den Weltfrieden gebracht haben. Was liegt ihr aber, wenn man sagen, an dem Frieden der Welt? Die Türkei hat an demselben gleichwohl — und ihre Staatsmänner können diesen Punkt nicht ausser Acht lassen — das höchste Interesse; denn von dem Frieden zumal, von dem Frieden in Europa wie von dem Frieden mit ihren Nachbarn, hängen ihre Sicherheit für die Gegenwart und ihr Fortbestand in der Zukunft ab.

Das „Journal officiel“ bekräftigt, daß bei dem Schiffbruch der „Arrogante“ 5 Offiziere und 39 Mann um's Leben gekommen sind. Nachdem das amtliche Blatt die Verunglückten namentlich aufgeführt, fügt es hinzu:

Da alle Offiziere und die meisten mit einem Grabe versehenen Matrosen dieses Schiffes umgekommen sind, hat man noch keine bestimmten Aufschlüsse über den wahren Grund dieser Katastrophe und die Umstände, welche sie begleiteten, erhalten können. Die vorchriftsmäßige Enquete wird ohne Zweifel bald die Thatsachen klarstellen und ein Urtheil ermöglichen.

Telegraphischer Meldung aus Toulon zufolge ist der Admiral Duperré mit dieser Enquete beauftragt worden. Die von den liberalen Blättern beigebrachten Einzelheiten über die jüngste Unterredung zwischen dem Präsidenten der Republik und dem Erzbischof von Paris werden von offiziöser Seite für unrichtig bezeichnet.

† Versailles, 22. März, Abends. Die Kammer beriet heute über den Antrag, den Sitz der Kammern nach Paris zurückzuverlegen. Der Bericht der Kommission erklärt, daß für die Zurückverlegung eine Revision der Verfassung notwendig sei, und beantragt daher die Bildung des Kongresses. Der Minister des Innern erklärt, die Anträge der Kommission anzunehmen, welche sodann mit 330 gegen 131 Stimmen adoptirt werden.

Die Kammer beriet hierauf über den Antrag Lengé (Bonapartist) auf Ernennung einer Enquetekommission zur Untersuchung der Thatsachen, welche dem neulichen Zwischenfalle bezüglich der Rentenkonversion zu Grunde liegen. Lengé wirft dem Finanzminister vor, daß er das Publikum nicht benachrichtigt und damit den Ruin der kleinen Rentner sich habe vollziehen lassen; er tadelt die Mittheilung des Ministers an den Synodus der Wechselagenten. Finanzminister Léon Say erwidert, er habe seine Meinung nicht in das amtliche Blatt einrücken lassen können; dadurch würde er einen Zwiespalt mit der Kammer geschaffen haben, welche sich in den Bureaux für die Konversion ausgesprochen habe. Der Minister erinnert daran, daß er stets ein Verfechter des Rechtes des Staates ge-

wesen sei, die Konversion vorzunehmen, daß er sich aber die Frage der Opportunität und die Form der Konversion vorbehalten habe. Er fügt hinzu, die Mittheilung an den Synodus Moreau sei ganz in Ordnung; die Verantwortung für seine anderweitigen Schritte müsse er diesem überlassen. Der Minister schließt mit den Worten, daß er die verleumderischen Verdächtigungen, deren Gegenstand er gewesen, verachte. (Beifall im Centrum.) Die Kammer lehnt die Enquete mit 318 gegen 77 Stimmen ab.

#### Großbritannien.

London, 22. März. Oberhaus. Lord Salisbury hob Somerset gegenüber hervor, das auf Cypern bestehende Regierungssystem verdiene keineswegs den Namen einer Zwangsarbeit. Die Kosten für den Hafenaufbau in Famagusta trage England. Der Hafen werde 14 große Schiffe aufnehmen können. Er hoffe, daß der Berliner Vertrag die Erhaltung des Friedens im Orient sichern werde. Die Beschleunigung des Hafenaufbaus sei daher unnöthig. Das Abkommen in Betreff der Kronländer werden demnächst vertheilt werden. — Unterhaus. Stanhope kündigte an, er werde den nächsten Dienstag einen Gesetzentwurf einbringen, welcher die Regierung zur Aufnahme einer Anleihe für Indien ermächtigen soll. Northcote erwiderte Dodsön, die Pforte schulde auf den vorjährigen und diesjährigen Februar-Coupon der Anleihe von 1855 noch 106,204 Pf. St. Der letzte August-Coupon sei voll bezahlt. Der Khebid hätte 81,000 Pf. St. bezahlet sollen. Er habe dies aber nicht gethan. Da nun wenig Hoffnung auf baldige Zahlung vorhanden sei, habe England Frankreich aufgefordert, vertragmäßig die Hälfte zu zahlen. Er glaube, daß der Khebid die Zinsen für die Suezkanal-Aktien bezahlt habe. Das Budget werde am 13. April eingebracht werden.

London, 22. März. Die Kaiserin von Oesterreich wird den größeren Theil des nächsten Sonntags in Dublin verleben, Abends über Kingston nach St. John's gehen, von dort (London nur streifend), nach Dover fahren und über Calais nach Wien zurückkehren.

Der Hilfsfond für die Ungarn beträgt über 7000 Pfd. St. 5000 Pfd. St. davon sind bereits nach Pesth gesandt worden.

In Plymouth ist der Dampfer „Balmoral Castle“ mit Nachrichten vom Kaplande eingetroffen, die allerdings durch den Telegraphen bereits überholt sind. Aus zahlreichen Privatbriefen, deren Inhalt der Presse zugänglich gemacht ist, geht hervor, daß in den Kolonien, besonders in Natal, das Misstrauen in die Fähigkeiten Lord Chelmsford's noch weit stärker ist, als im Mutterlande. Alle Schuld an dem Mißgeschick der britischen Waffen wird auf ihn geworfen. Die Ansichten der Kolonisten sind, daß ein neuer Oberbefehlshaber eben so wichtig ist, als Verstärkungen. — Aus Transvaal ist nichts Näheres bekannt geworden; es scheint nur festzustehen, daß die Boers entschlossen sind, keine Unterstützung zu gewähren. Die Kriegsoperationen sind bis auf Weiteres völlig eingestellt worden. Die Engländer können mit ihrer geringen Truppenzahl nicht angreifen und die Zulus wollen nicht. Sie haben bei all' ihren Angriffen auf besetzte Stellungen der Engländer zu üble Erfahrungen gemacht; dagegen halten sie Oberst Pearson bei Enhova fest umschlossen; es ist nicht mehr möglich, ihm Vorschüften zuzulassen. Sollte sein Proviant bis zum Eintreffen des Frages ausreichen, so hat er allerdings nichts zu fürchten. — Von Zulufangenen wird berichtet, daß die Abtheilung, welche Rorté Drift angriff, das gegen ausdrücklichen Befehl des Königs gethan, der weder die Grenze überschritten noch einen besetzten Platz angegriffen sehen wollte. Dabulamazi, der jenen Angriff ausführte, soll jetzt in Ungrube sein. Nach ihrem Siege bei Janduba lehrte das Heer nach des Königs Kraal Nubini zurück, wo einige Tage mit Besprechung des Geschehenen, Beerdigung und Beklagen der Tohten und Vertheilung der Beute verbracht wurden. Dann wurden die Leute zur Einsammlung der Ernte ausgeschied. Die Gefangenen versichern nicht nur, daß König und Volk bestrebt sind, Frieden zu erlangen, sondern sie erklären mit einem Nachdruck, der einen Frieden, es sei denn einen Diplomaten, überzeugen könnte, daß niemals bei ihnen Neigung zum Kriege gegen die Engländer vorhanden war, welche sie sehr gern zu haben behaupten und deren Einrichtungen sie nachzuahmen wünschsen, vorausgesetzt, daß sie ihre Nachbarn bleiben.“

#### Rußland.

† Petersburg, 22. März. Wie es heißt, dürfte die Abreise des kaiserlichen Hofes nach Livadia am 19. April erfolgen.

#### Egypten.

† Kairo, 22. März. Das Ministerium hat sich unter dem Präsidium des Erbprinzen definitiv konstituit. Das Innere hat mit der interimistischen Leitung des Justizministeriums Kiaz Pascha, das Äußere Zulficar Pascha, den Krieg Reichid Pascha übernommen. Die andern Ministerien haben nicht gewechselt.

#### Badische Chronik.

Karlsruhe, 22. März. Das „Verordnungsblatt“ Nr. 10 der Generaldirektion der Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen vom 21. d. M. enthält:

Allgemeine Verfügungen: Organisation des Magazinwesens.

Sonstige Bekanntmachungen: Trennung des Postdienstes vom Eisenbahn-Dienst. Einträge in die Jahrbücher. Veränderungsanweisung zur Vereinfachung der Kartenliste. Veränderungsanweisung zur Vereinfachung der Kartenliste. Mitteldeutscher Personen- u. Befehr. Rumänisch-Galizisch-Süddeutscher Getreidearif. Köln-Minden-Bergisch-Märkisch-Badischer und Württembergischer Befehr. Mitteldeutscher Verband. Druck und Verkauf der neuen Frachtbrief-Formulare. Mitteldeutscher Verband. Güterverkehr mit der Schweizerischen Centralbahn. Frachtermäßigung für Ausstellungen. Badisch-Bayerischer



